

# Stephan Leibfried

von Frank Nullmeier, Dieter Wolf

## Ein Nachruf



Stephan Leibfried ist am 28. März 2018 im Alter von 74 Jahren verstorben – mitten aus der Arbeit heraus, aus dem unablässigen Tun und Kümmern, das ihm so eigen war. Eine neue Buchreihe sollte vereinbart werden. Einen Antragstext hatte er gerade korrigiert. Das nächste Publikationsvorhaben war zu entwerfen. Und bei alledem kümmerte er sich immer um seine Mitarbeiter und Mitstreiter, um den Zusammenhalt der Kolleginnen und Kollegen. Stephan Leibfried war ein unermüdlicher Anreger, Institutionenbauer, Herausgeber, Forscher und Wissenschaftspolitiker, er hat die Sozialpolitikforschung gestützt und Initiativen auch hartnäckig vorangetrieben. Seitdem die Sozialpolitik Mitte der 1970er-Jahre eine Renaissance als Thema der Sozialwissenschaften erlebte, war Stephan Leibfried einer der Wissenschaftler, die dieses nur interdisziplinär zu bewältigende Gebiet durch breite Forschungsarbeit und gezielten Institutionenbau gefördert haben. Er hatte zunächst in den USA, dann an der FU Berlin Soziologie und Politikwissenschaft studiert, war aber schließlich zur Rechtswissenschaft mit dem Nebenfach Politik gewechselt. Parallel hat er beide juristischen Staatsexamina und den Dr. rer. pol. abgelegt, letzteren zum Thema „Bedingungen, Grenzen und ideologische Bedeutung von Planungsmechanismen im Wohlfahrtsstaat“. Ein Zusammenwirken von Disziplinen war ihm daher immer eine Selbstverständlichkeit. Dies zeigt sich bis hin zur jüngsten Initiative, der Kritik am Schrumpfen der Sozialpolitikforschung in etlichen Disziplinen und dem Plädoyer für ein neues, breites Förderprogramm – eine Idee, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales partiell in dessen „Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung“ (FIS) aufgegriffen wurde.[1] Mit seiner Forschung hat

Stephan Leibfried der Sozialpolitikforschung neue Themen erschlossen, so in den Bereichen Armut und europäische Sozialpolitik, und die Verbindung zu den Grundfragen insbesondere der Politikwissenschaft gesichert. Wo Stephan Leibfried als Wissenschaftsmanager und -politiker agiert hat, ging es ihm um einen verlässlichen Handlungs- und Finanzierungsrahmen für die Sozialwissenschaften als gesellschaftlich hoch relevanter Forschung.

Stephan Leibfried hat seine Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik begonnen. Im Berlin Mitte der 1960er-Jahre stellte er mit dem Sammelband „Wider die Untertanenfabrik“ (1967)[2] und einem Vergleich zwischen deutscher und US-amerikanischer (kalifornischer) Hochschulpolitik in „Die angepasste Universität“ (1968)[3] Analysen zur Funktionalisierung und Ökonomisierung der Hochschulen zusammen. Wenig später folgten gemeinsam mit Joachim Hirsch erstellte „Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik“ (1971)[4], insbesondere zur Kritik des damals in Gründung befindlichen Wissenschaftszentrums Berlin. Was damals als Kritik begann, setzte sich 1974 mit seiner Professur an der neu gegründeten Universität Bremen als Aufbauarbeit an selbstgeschaffenen kooperativen Formen der Forschung fort - allerdings nicht mehr auf dem Felde der Wissenschaftspolitik, sondern der Sozialpolitik. Das Verwaltungsrecht bildete eine Brücke zu den Studien von Rolf-Richard Grauhan zur Sozialverwaltung, die zu einem ersten Institutionalisierungsschritt führten, der Gründung des „Forschungsschwerpunktes Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik“(1978-1988), aus dem später das „Zentrum für Sozialpolitik“ (seit 1988/89) hervorging. Aber weder in den Analysen der Hochschulpolitik noch der Sozialpolitik war Stephan Leibfried auf theoretische Ableitungen oder eine Schau bundesrepublikanischer Verhältnisse fixiert. Er hat seine Arbeiten vielmehr von Beginn an international vergleichend angelegt. Es interessierte ihn insbesondere - die in den USA verbrachten Jahre mögen hier prägend gewesen sein - wie sich Deutschland und die USA unterschieden, ob Deutschland nur verzögert eine Entwicklung durchmachen würde, die in den USA schon eingetreten war. Die USA bildeten auch in den ersten Arbeiten zur Sozialpolitik den Referenzpunkt, so in einer fast monografischen Einleitung zur deutschen Übersetzung eines Klassikers der Armutsforschung,[5] in der er die beiden Sozialhilfesysteme minutiös miteinander verglich. Der USA-Deutschland-Vergleich war auch einer seiner Schwerpunkte in der Lehre. Bis hinein in die jüngsten Stellungnahmen zur Krise der Europäischen Union ist es auch der Vergleich zu den USA, der die Hoffnung auf eine Vertiefung der europäischen Integration motivierte.

Es war die Kehrseite des deutschen Sozialversicherungsstaates, der sich Stephan Leibfried seit Mitte der 1970er-Jahre zuwandte, der Armut nämlich, damals oft verschwiegen, von der Forschung eher vernachlässigt und zugleich Ausdruck eines administrativen Versagens. In Deutschland hatte die Arbeiter- immer Vorrang vor der Armutspolitik. So richtete sich die Kritik auf das offensichtliche Unvermögen (oder den Unwillen) eines kapitalistischen Industriestaates, Armut zu beseitigen.

Stephan Leibfried und seine Mitstreiter erkannten jedoch bald, dass Armut in vielerlei Hinsicht kein sich verfestigendes Dauerphänomen darstellt – einmal arm, immer arm –, sondern viel häufiger als ein Phänomen bestimmter Zeiten und Umstände im Lebenslauf auftritt. Diese Beobachtung aber konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Ergründung der Ursachen von Armut einerseits sowie auf die Konstruktion von Maßnahmen für eine sinnvolle Armutsbekämpfung oder die Bemessung des Regelsatzes auf der anderen Seite bleiben.[6] Heftige innerwissenschaftliche Kontroversen ergaben sich aus dieser von der Lebenslaufforschung geprägten Sicht auf die Sozialverwaltungsakten und die darin dokumentierten Armutskarrieren. Der Armutsforschung gab Stephan Leibfried zusammen mit Jutta Allmendinger (2003)[7] aber noch eine weitere, neue Perspektive, indem sie mangelnde Bildungszertifikate und -kompetenzen als Armutproblem beschrieben. Unzureichende Bildung und Einkommensarmut verstärkten einander zudem. Dieser Mechanismus erschien als Folge einer Schulpolitik, die auf soziale Differenzierung ausgelegt ist und nur wenig Durchlässigkeit aufweist. Während die skandinavischen Länder sowohl in Sozial- als auch Bildungspolitik investierten und die anglo-amerikanischen Länder immerhin viel Geld für die Bildung ausgaben, geschehe in Deutschland weder das eine noch das andere.

Stephan Leibfried setzte im Feld der Armutspolitik neue Themen und folgte gerade nicht den Konjunkturen des sozialwissenschaftlichen Betriebs. Das gilt auch für sein zweites Forschungsfeld. In den 1990er-Jahren schien auch angesichts europäischer Binnenmarktpolitik und Plänen zur Währungsunion von europäischer Sozialpolitik keine Rede zu sein. Während einige darüber klagten, dass die EU nicht willens sei, ihren Gemeinsamen Markt mit einer vernünftigen Sozialpolitik zu verbinden, fanden andere, die EU sei dazu gar nicht in der Lage, weil es an einer hinreichenden korporatistischen Wirtschaftskultur, an einer Tradition der Sozialpartnerschaft, fehle. Dritte schließlich behaupteten, die EU dürfe gar keine Sozialpolitik entwickeln, weil ihr jedwede demokratische Legitimation dazu fehle. Sozialpolitik galt damit allen Diskutanten als ureigenste Domäne des Nationalstaates. Entsprechend war die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit der europäischen Sozialpolitik in der Regel bei vereinzelt Analysen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit stehen geblieben. Dem hielt Stephan Leibfried zusammen mit Paul Pierson (1992, 1995)[8] entgegen, dass die EU im Bereich der Sozialregulierung sehr aktiv war und darüber hinaus auch erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Sozialversicherungen in den Nationalstaaten nahm, etwa indem der Zugang zu Versicherungsleistungen oder aber deren Erbringung transnationalisiert wurde. Die marktschaffende Politik der EU-Kommission und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes wurden als Triebkräfte einer Mehrebenen-Sozialpolitik identifiziert, die die Nationalstaaten auf längere Sicht zu „halbsouveränen Wohlfahrtsstaaten“ degradierte. Weil es als erste Studie die Rolle der europäischen Sozialpolitik in differenzierter empirischer Analyse aufzeigte, zählte das Buch von Pierson und Leibfried bald zu den breit zitierten Arbeiten innerhalb der Sozialpolitikforschung.

Die Entwicklung des Verhältnisses von Nationalstaat, EU und internationalen Organisationen bildete Leibfrieds zentrale Fragestellung im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends. In dem mit Michael Zürn und dem 2005 verstorbenen Bernhard Peters konzipierten Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ (2003 bis 2014) rückte der „Staat“ ins Zentrum und ist es über etliche Publikationen bis hin zu Stephan Leibfrieds jüngster Ausstellung über Staatsschiffe auch geblieben. Die Einzelarbeiten zu diesem Forschungsverbund mündeten in der Erkenntnis, dass der Staat nicht verdrängt und von anderen Instanzen wie internationalen Organisationen oder transnationalen Unternehmen in seinen Regelungsaufgaben ersetzt wird. Vielmehr bilden sich neue, je nach Politikfeld unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit von Staat, EU, Internationalen Organisationen und Unternehmen. Was vielleicht einmal vom Staat allein verantwortet wurde, wird nun in einem Komplex mehrerer Akteure und geteilter Verantwortlichkeiten geleistet. Stephan Leibfried hat dafür – sprachliche und Bildmetaphern sind für ihn ein wesentlicher Weg der Annäherung – den Ausdruck „Zerfaserung“ gefunden.

Die Prägung von Sozialpolitik durch nicht-staatliche Einflüsse und die zunehmende Globalisierung waren Themen der Zusammenarbeit mit Elmar Rieger zur Wirkung der Religion und der Außenhandelspolitik beziehungsweise eines liberalisierten Weltmarktes.[9]

Stephan Leibfried blieb der Universität Bremen 44 Jahre treu, obwohl er Rufe an die Humboldt-Universität Berlin, die University of Bath sowie die Central European University in Budapest erhielt. Gleichzeitig war er in seiner Person die wandelnde Internationalisierung der Bremer sozialwissenschaftlichen Forschung mit Gastprofessuren und Forschungsaufenthalten unter anderem an der Washington University in St. Louis, der Cornell Law School, der Berkeley Law School, dem WZB Berlin, dem Center for European Studies der Harvard University, der Brookings Institution, der Stanford University oder des Wissenschaftskollegs zu Berlin. Er war seit 2003 ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, seit 2006 der Sekretar ihrer Sozialwissenschaftlichen Klasse. Im Rahmen der BBAW führte er seine Analysen und Interventionen zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik, insbesondere der Exzellenzinitiative, fort. Für seine öffentliche Wirksamkeit als Wissenschaftler verlieh ihm die Schader-Stiftung den Schader Preis 2014. Seine Wirksamkeit bezog sich auch auf die sozialpolitische Positionierung der Katholischen Kirche. Stephan Leibfried hat an den Stellungnahmen der Deutschen Bischofskonferenz zu sozialen Fragen intensiv mitgewirkt. Seine Ausstellung (samt Begleitbuch[10]) zu „Kirchen- und Staatsschiffen im Medienkrieg der Reformationszeit“ vollzieht im Übergang vom Kirchenschiff zum Staatsschiff die Entstehung des modernen Staates nach.

Zum Initiator und Kümmerer Stephan Leibfried gehörten auch die Gründung und Weiterentwicklung der Bremer sozialwissenschaftlichen Institutionen – vom „Forschungsschwerpunkt Reproduktionsrisiken, Soziale Bewegungen und Sozialpolitik“ (1978) über das „Zentrum für Sozialpolitik“ (ZeS, seit 1988/89) zum

„SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik“ als Zusammenschluss von ZeS und soziologischer Ungleichheitsforschung in Bremen (seit 2015), vom ersten Bremer DFG-Sonderforschungsbereich 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ (1988-2001), dessen Teilprojektleiter er war, zum Sonderforschungsbereich 597 „Staatlichkeit im Wandel“ (2003-2014), dessen Sprecher er von 2004-2014 gewesen ist. Und auch bei dem neuen, erst Anfang des Jahres gestarteten Sonderforschungsbereich 1342 „Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik“ hat Stephan Leibfried in der Vorbereitungsphase mit Rat und lekturierender Tat zur Seite gestanden. Seine Gründungsinitiative reicht weiter von der „Graduate School of Social Sciences“ (GSSS, 2002-2007) zur „Bremen International Graduate School of Social Sciences“ (BIGSSS, seit 2007), die Teil der Exzellenzinitiative ist. Er war auch an der Gründung des „Hanse-Wissenschaftskollegs“ in Delmenhorst beteiligt, insbesondere am Aufbau des sozialwissenschaftlichen Teils der Gemeinschaftsinstitution der Länder Niedersachsen und Bremen. Und schließlich war er Mitglied des Kuratoriums beziehungsweise wissenschaftlichen Beirats nicht nur des Wissenschaftszentrums Berlin, sondern auch des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln.

Ein ähnliches Maß an Intensität zeigte Stephan Leibfried im Bereich der Herausgabe von Bänden, die nicht nur Einzelbeiträge zusammenstellen, sondern ein bestimmtes Thema möglichst umfassend behandeln sollten. Mit diesem Anspruch trat bereits der 1967 veröffentlichte Band „Wider die Untertanenfabrik“ an. Und er blieb auch für die zwei Bände in der renommierten Reihe der „Oxford Handbooks“ zum „Welfare State“ und zu den „Transformations of the State“<sup>[11]</sup> gültig, die die weltweit wichtigsten Forschungsarbeiten zur Sozialpolitik und zum Staatswandel zusammentragen sollten. Die Herausgabe etlicher Buch-Reihen für monografische Arbeiten ergänzte die publizistische Tätigkeit. Grundlage dieser editorischen Arbeit bildete ein internationales Netzwerk, dessen Pflege und Erweiterung Stephan Leibfried viel Aufmerksamkeit widmete, nicht nur in Form jährlicher Weihnachtsgrüße, die er zunehmend mit ganzen Broschüren zur Bildmetaphorik des Staates verband.

Wie kaum ein anderer in der deutschen Sozialwissenschaft hat Stephan Leibfried eine Entwicklung zur konsequent kooperativen Forschung an einem Standort vorangetrieben. Wohl wissend, dass gerade in einer Monografie, verfasst in Einsamkeit und Freiheit, eine besondere, Themen erschließende Kraft liegen kann, sah er die Notwendigkeit der Kooperation, ja einer „GmbH-Forschung auf Zeit“, wie er das SFB-Format einmal ironisch nannte. Er hat diese Form kooperierender Forschung erst als Modell plausibel machen müssen, er hat sie mit ihren Schwierigkeiten und weitreichenden Möglichkeiten vorgelebt. Franz-Xaver Kaufmann verwies anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Zentrums für Sozialpolitik 2009 darauf, dass Stephan Leibfried nicht nur Wissenschaftsinstitutionen aufgebaut und etabliert, sondern die eingeworbenen Forschungsmittel vor allem dafür verwandt hat, jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern eigenverantwortliche

Forschungsarbeit zu ermöglichen.

Die nationale und internationale sozialwissenschaftliche Forschung verliert mit ihm nicht nur einen ihrer herausragenden Vertreter, sondern darüber hinaus einen außergewöhnlichen Forscher, unermüdlichen Ideengeber, Organisator und Unterstützer, aber vor allem auch einen immer hilfsbereiten, lebensfrohen Menschen.

---

#### Fußnoten

- [1] Stephan Leibfried / Christina Stecker, Sozialpolitik: Bilanz und Perspektiven für Forschung und Lehre an den deutschen Universitäten. Eine Einführung, in: dies. (Hg.), Entwicklung von Forschung und Lehre zur Sozialpolitik, Deutsche Rentenversicherung, Sonderband/2, Berlin 2017, S. 121-134; Stephan Leibfried, Zentrale Ergebnisse des Memorandums "Förderinitiative Stiftungsprofessuren Sozialpolitik", in: Stephan Leibfried / Christina Stecker (Hg.), Entwicklung von Forschung und Lehre zur Sozialpolitik, Deutsche Rentenversicherung, Sonderband/2, Berlin 2017, S. 237-246.
- [2] Leibfried, Stephan (Hg.), Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule, Köln 1967.
- [3] Stephan Leibfried, Die angepaßte Universität: Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 1968.
- [4] Joachim Hirsch / Stephan Leibfried, Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik, Frankfurt am Main 1971.
- [5] Francis Fox Piven / Richard A. Cloward, Regulierung der Armut: Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt, Frankfurt am Main 1977.
- [6] Stephan Leibfried / Lutz Leisering / Petra Buhr / Monika Ludwig / Eva Mädje / Thomas Olk / Wolfgang Voges / Michael Zwick, Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt am Main 1995.
- [7] Jutta Allmendinger / Stephan Leibfried, Bildungsarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22 (2003), S. 12-18; Jutta Allmendinger / Stephan Leibfried, Education and the Welfare State: The Four Worlds of Competence Production, in: Journal of European Social Policy 13 (2003), 1, S. 63-81.
- [8] Stephan Leibfried / Paul Pierson, Prospects of Social Europe, in: Politics and Society 20 (1992), 3, S. 333-366; Stephan Leibfried / Paul Pierson, Semi-Sovereign Welfare States: Social Policy in a Multi-Tiered System, in: dies. (Hg.), European Social Policy: Between Fragmentation and Integration, Washington, D.C. 1995, S. 43-77.
- [9] Elmar Rieger / Stephan Leibfried, Wohlfahrtsmerkantilismus. Wechselwirkungen zwischen demokratischer Sozialpolitik und Welthandelsordnung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48 (2000), S. 12-22; Elmar Rieger / Stephan Leibfried, Kultur versus Globalisierung: Sozialpolitische Theologie zwischen Konfuzianismus und Christentum, Frankfurt am Main 2004.
- [10] Stephan Leibfried / Wolfgang Winter, Eingerollte Segel und volle Fahrt: Kirchen-

und Staatsschiffe im Medienkrieg der Reformationszeit, Bremen 2017.

[11] Francis G. Castles / Stephan Leibfried / Jane Lewis / Herbert Obinger / Christopher Pierson (Hg.), *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford 2010; Stephan Leibfried / Evelyne Huber / Matthew Lange / Jonah D. Levy / Frank Nullmeier / John D. Stephens (Hg.), *The Oxford Handbook of Transformations of the State*, Oxford 2015.